

Flüchtlingskrise macht Türkei zum Partner

Mit der Türkei und Serbien könnten die nächsten Kapitel in den Beitrittsverhandlungen rascher als geplant eröffnet werden.

HEDWIG KAINBERGER

DUBROVNIK, BRÜSSEL. Die Explosionen am Hauptbahnhof von Ankara, bei denen am Samstag rund hundert Menschen getötet wurden, haben eine brisante Verhandlung zwischen der EU und der Türkei ins Stocken gebracht. Die EU-Kommissare Johannes Hahn und Frans Timmermans haben ihre Türkei-Reise, die sie am Sonntagabend hätten antreten sollen, wegen der Staatstrauer vorerst abgesagt.

Die beiden Kommissare hätten dort das vorangetrieben, was EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Anfang vergangener Woche mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Brüssel initiiert hat, was inzwischen Kommissar

ne in Nordsyrien kommen, könnten dort entstehende neue Unterkünfte – inklusive Zelten, Decken, Nahrung, medizinischer Versorgung und Schulen – mit EU-Geld mitfinanziert werden. Weiters hilft die Türkei beim Schutz der EU-Außengrenze, insbesondere an den zu Griechenland gehörenden östlichen Ägäis-Inseln. Die EU wiederum beschleunigt die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sowie die Visa-Erleichterungen.

Derzeit seien in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von 35 Kapiteln dreizehn geöffnet, erst ein einziges – die Wissenschaft – sei fertig verhandelt, erläutert Johannes Hahn, Kommissar für EU-Erweiterung und Nachbarländer, am Rande eines Symposiums in Dubrovnik. Sollte es im Flüchtlingspaket zu einer Einigung kommen, könnten noch bis Jahresende weitere Kapitel geöffnet werden: „Es geht darum, die Beitrittsverhandlungen neu zu befeuern“, sagt er.

Bei der Visumpflicht – die Türkei drängt auf Abschaffung – sind laut Hahn Erleichterungen bis 2018 vorgesehen. Bis dahin müsste die Türkei beweisen, dass sie die von der EU geforderten Auflagen wie Personenkontrollen und Datensicherheit tatsächlich umsetzt. „Wenn beide Seiten dies wollen, kann man diesen Prozess erheblich beschleunigen“, sagt Hahn.

Wie viel Geld die EU unter dem Titel „Flüchtlinge“ in die Türkei schicken würde, ist nach Angaben Johannes Hahns noch nicht klar und hänge von der Bereitschaft der



In der Türkei sind mehr als zwei Millionen Flüchtlinge untergekommen.

BILD: SN/APA/EPA/SEDAT SUNA

EU-Mitglieder ab. Denkbar wäre insgesamt rund eine Milliarde Euro noch bis Jahresende. Etwa die Hälfte davon könnte von jenen vier Milliarden Euro kommen, die für den Zeitraum von 2014 bis 2020 für die Türkei als Vorbeitrittshilfe budgetiert sind, sofern die Türkei dem zustimmt. Die andere Hälfte käme aus dem von Johannes Hahn aufgestockten Syrien-Treuhandfonds zur Flüchtlingshilfe, wobei auch dabei noch Beiträge der EU-Mitglieder erforderlich wären.

In der Türkei seien derzeit mehr als zwei Millionen Flüchtlinge, die meisten davon aus Syrien, erläutert Johannes Hahn. Allerdings seien nur etwa 260.000 Flüchtlinge in Lagern, rund 300.000 sollen in Istanbul leben, alle anderen lebten in Dörfern und Städten vor allem im Südosten. Folglich seien aus Sicht der EU Investitionen in Infrastruktur genauso wichtig wie in Lager. Jedoch seien die türkischen Behörden bisher kaum bereit, vor allem die 500 Millionen Euro an Vorbeitritts-hilfe regional im Südosten zu fokussieren.

Fast noch dringender als in der Türkei seien Hilfen im Libanon und in Jordanien, sagt Hahn. Im Libanon mit 4,2 Millionen Einwohnern lebten derzeit knapp zwei Millionen Flüchtlinge, viele davon aus Palästina; und in vielen Schulen gebe es schon mehr syrische als libanesische Kinder. Was macht die EU? „Wir haben eine Menge getan“, versichert Johannes Hahn. Seit 2011 hätten EU-Länder und Kommission miteinander 4,2 Milliarden Euro für Schulen, medizinische Versorgung und Lebensmittelversorgung in Syrien, Jordanien und im Libanon ausgegeben – direkt oder über UN-Organisationen. Oder: Mit EU-Geld sei in Jordanien der Ausbau einer Mülldeponie in jener Region finanziert worden, wo sich wegen des Flüchtlingszustroms die Bevölkerung sprunghaft verdoppelt gehabt habe. Oder: Die EU, arabische Staaten, die USA, die Schweiz und Norwegen hätten seit heutigem Sommer 100 Millionen Euro aufgestellt, um den Betrieb von 600 Schulen mit 22.000 Lehrern und 500.000 Schülern in den palästinensischen Flüchtlings-

gebieten vor allem im Libanon und in Jordanien aufrecht zu halten.

Frischen Wind könnte die Flüchtlingskrise auch in andere Beitrittsverhandlungen bringen: in jene mit Serbien. „Es schaut gut aus, dass wir bis Ende des Jahres mit Serbien die ersten Verhandlungskapitel eröffnen könnten“, sagt Johannes Hahn; die Kommission sei mit den Vorbereitungen fertig, es fehle nur noch der Beschluss der Mitgliedsländer. Zwar werde mit den Serben jedenfalls sachlich und juristisch verhandelt, doch sei es „kein Schaden, wenn sie sich im europäischen Einklang bewegen, was sie auch tun“ – etwa, indem Premierminister Aleksandar Vučić angekündigt habe, Serbien werde sich freiwillig an europäischen Quoten für Flüchtlinge beteiligen.

Zeichnet sich für Beitrittsverhandlungen mit irgendeinem Land ein Horizont ab? Nein, für diese Amtsperiode der Kommission sicher nicht, erwidert Johannes Hahn. Der Prozess, die derzeitigen Kandidaten EU-fit zu machen, werde jedenfalls länger dauern.



„Man kann den Prozess forcieren.“

Johannes Hahn, EU-Kommissar

onsbeamte in der Türkei vorverhandelt haben und was die Staats- und Regierungschefs in dieser Woche wenigstens in Grundzügen hätten gutheißen können.

Das Paket, das Johannes Hahn als „umfassend“ bezeichnet, sieht Folgendes vor: Die Türkei bekommt von der EU noch heuer Geld für Flüchtlingshilfe – von Soforthilfe bis hin zu Ausbau von Infrastruktur. Und sollte es zu einer von der Türkei gewünschten Sicherheitszo-

Der Schmerz eint die Türkei nicht

Nach dem Anschlag in Ankara verschärfen sich die politische Krise und die Spannungen.

CAN MEREY

ISTANBUL. Fernsehsender blenden eine Trauerschleife ins Programm ein. Die Flaggen im ganzen Land wehen nach dem schwersten Terroranschlag in der Geschichte der Türkei auf Halbmast. Laut Regierung sind nach dem Doppelschlag auf eine regierungskritische Friedensdemonstration am Samstag in Ankara rund 100 Tote zu beklagen. Doch der Schmerz eint die Nation nicht, die tief gespalten ist in Gegner und Anhänger des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Am Sonntag versammeln sich zahlreiche Menschen in Ankara, um der Opfer zu gedenken. Sie skandieren: „Dieb, Mörder, Erdoğan.“

Drei Wochen vor Neuwahlen hat das Massaker in Ankara die Spannungen im Land angeheizt. Aus Sicht der prokurdischen Oppositionspartei HDP galt ihr der Anschlag, zu dem sich zunächst nie-

mand bekannte. Der Kovorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, nennt die Bluttat einen „Angriff des Staates auf das Volk“. Ein anderer HDP-Funktionär, der anonym bleiben will, sagt, die islamisch-konservative Führung des Landes habe die Tat „entweder organisiert oder nicht verhindert“.

Die HDP gehört zu den Organisationen, die zur Teilnahme an der Demonstration am Samstag aufgerufen hatten – „gegen Krieg und die feindliche und gewalttätige Politik der AKP“. Die HDP wirft Erdoğan und seiner AKP vor, den Konflikt mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zu schüren, der seit dem Kollaps der Waffenruhe im Juli Hunderte Menschen das Leben gekostet hat. Das Kalkül nach Ansicht der Erdoğan-Kritiker: Der Präsident steuert das Land ins Chaos, um seine gefährdete Macht zu sichern. Bei der Wahl im Juni war die HDP als erste prokurdische Partei



„Frieden“ wollen diese Demonstranten am Sonntag.

BILD: SN/AP/GUREL

überhaupt ins Parlament eingezogen. Die Kampfansage, einen Machtzuwachs Erdoğan zu verhindern, sicherte ihr auch Wähler außerhalb der kurdisch geprägten Gebiete im Südosten der Türkei. Erdoğan's AKP verfehlte wegen des HDP-Erfolgs die absolute Mehrheit.

Nach erfolglosen Koalitionsverhandlungen – die Erdoğan nach Ansicht der Opposition vorsätzlich scheitern ließ –, rief der Präsident Neuwahlen für den 1. November aus. Nun muss er darauf hoffen, dass die Wähler sich im zunehmenden Chaos in die stabileren Zeiten unter einer AKP-Alleinregierung zurücksehen – und darauf, dass die HDP diesmal an der Zehnprozenthürde scheitert.

Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu sagte nach dem Mordanschlag, bei den Urhebern könnte es sich um den IS oder um zwei links-terroristische Gruppen handeln – oder um die PKK.

Das geschah am Samstag in Ankara

Es sollte eine Demonstration für die Versöhnung werden, es endete in einer Katastrophe: Am Samstag explodierten in der türkischen Hauptstadt Ankara kurz nach 10.00 Uhr Ortszeit zwei Bomben vor Beginn einer Friedensdemonstration. Dabei kamen laut türkischen Medienberichten mindestens 95 Menschen ums Leben, die prokurdische HDP meldete unterdessen sogar 128 Tote. Hunderte seien verletzt worden. Noch gibt es keine Informationen über die Täter oder die Hintergründe.

Zu der Demonstration hatten linke Gruppen, Gewerkschafter und die prokurdische HDP aufgerufen. Tausende Teilnehmer wollten für eine Fortführung des Friedensprozesses zwischen Ankara und der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK sowie für ein Ende der Gewalt vor allem in den Kurdengebieten demonstrieren.

SN, dpa